

## VORWORT

Dieser Band basiert auf der zweiten Nachwuchstagung, die die Forschungsstelle Weimarer Republik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Sommer 2017 zusammen mit dem Weimarer Republik e.V. in Weimar veranstaltet hat. Wie schon im Vorjahr (siehe Band 2 der Reihe: Republikanischer Alltag) war es das Ziel dieser Konferenz, jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Gelegenheit zu geben, ihre kürzlich abgeschlossenen oder laufenden Forschungsprojekte vorzustellen und sich untereinander zu vernetzen. Denn wieder wurde deutlich, wie breit die Forschung zur Weimarer Republik aufgestellt ist und wie viele neue Forschungsfelder gerade bearbeitet werden.

Im zweiten Jahr wurde die Konferenz unter dem Thema „Die Weimarer Republik in der deutschen Demokratiegeschichte“ durchgeführt. Wir wollten dabei die erste deutsche Demokratie als ein Scharnier begreifen, das verschiedene Entwicklungen der Demokratiegeschichte des 19. Jahrhunderts zum Abschluss brachte, die Demokratie in Deutschland erstmals tatsächlich etablierte und damit auch wesentliche Grundsteine für die Demokratiegeschichte nach 1945 legte. Die Beiträge dieses Bandes greifen daher in manchen Fällen auch auf die Zeit vor 1918 aus, in noch mehr Fällen auf die Zeit nach 1945 und die Etablierung der Demokratie in der jungen Bundesrepublik. Bei der Zusammenstellung des Bandes wurde uns aber deutlich, dass die Klammer seiner Beiträge nicht so sehr in der Demokratiegeschichte selbst liegt, sondern darin, dass sich die demokratische Transformation der Zwischenkriegszeit im Modus der Konfliktivität vollzog, und dass die Etablierung der zweiten deutschen Demokratie in vielen Fällen von Fortwirkungen dieser Konfliktivität geprägt war. Daher auch die abweichende Wahl des Titels dieses Bandes im Vergleich zu der Tagung, die ihm zugrunde liegt.

Unser Dank gilt all jenen, die die Konferenz und den Band möglich gemacht bzw. ihre Durchführung und Erstellung unterstützt haben. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaften und Digitale Gesellschaft haben durch ihre Grundförderung des Weimarer Republik e.V. und der Forschungsstelle an der FSU Jena den wichtigsten Anteil daran. Beim Weimarer Republik e.V. gilt unser Dank Stephan Zänker, Anne Meinzenbach und Markus Hünninger, an der Forschungsstelle Monika Keilich, Jonathan Overmeyer und Max Gert Streckhart für ihre Unterstützung bei der Tagung. Für beide Akteure steht Michael Dreyer, der als Vorsitzender des Weimarer Republik e.V. und als Leiter der Forschungsstelle jede freie Minute (und mehr) der Sache der Weimarer Republik widmet, und dem dafür kaum genug zu danken ist.

Ohne die Autorinnen und Autoren wäre dieser facettenreiche Band nie zustande gekommen. Deshalb gilt unser Dank natürlich und ausdrücklich auch ihnen. Besonders freut uns dabei, dass mit Florian J. Schreiner, Ludwig Decke, Simon Sax und Helene Eggersdorfer alle vier Preisträger des Matthias-Erzberger-

Preises der Jahre 2016, 2017 und 2018 in dem Band vertreten sind. Der Erzberger-Preis ist Teil des Forschungspreises, den der Verein und die Forschungsstelle jährlich vergeben und der dort die je besten Bachelorarbeiten des Jahres auszeichnet. Er belegt und soll Ermutigung dafür sein, dass auch mit den ersten wissenschaftlichen Qualifikationsschriften bemerkenswerte Beiträge zur Forschung geleistet werden können. Damit ihre Ergebnisse auch tatsächlich die ihnen würdige Bemerkung finden können und nicht in den Archiven der Prüfungsämter versauern, gehen sie hier in den Band mit ein.

Die Forschungsstelle Weimarer Republik und der Weimarer Republik e.V. werden die Praxis fortsetzen, laufenden wissenschaftlichen Arbeiten eine Plattform zu geben: sowohl in Form der jährlichen Konferenzen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, wie auch in den Publikationen, die daraus hervorgehen. Auch die Zentennarien verschiedener Ereignisse und Errungenschaften der Republik werden in den nächsten Jahren nicht abreißen und Anlass bieten, sich mit den vielen Facetten der ersten deutschen Demokratie neu zu beschäftigen. Für die Weimar-Forschung liegen daher – so hoffen wir – viele sehr produktive und ertragreiche Jahre vor uns.

Jena im Mai 2019

die Herausgeber

## EINLEITUNG: DIE NORMALITÄT DES KONFLIKTS

*Sebastian Elsbach / Ronny Noak / Andreas Braune*

Das Erinnern an die Weimarer Republik wurde lange Zeit von einem Verweis auf die vermeintliche Unvollständigkeit ihrer demokratischen Institutionen dominiert. Pünktlich zum Zentennarium ihrer Gründung erfährt Deutschlands erste Demokratie jedoch nicht nur ein gesteigertes Maß an Aufmerksamkeit, sondern auch an Anerkennung. Hierauf lassen prominente Buchtitel zur Novemberrevolution schließen, die das Ereignis als „größte aller Revolutionen“ (Robert Gerwarth) anpreisen oder ein „Lob der Revolution“ anstimmen (Sven Felix Kellerhoff).<sup>1</sup> Diese Entwicklung in der öffentlichen Wahrnehmung der Weimarer Republik – oder zumindest ihres Beginns – ist neu. Anlässlich des Festaktes zum 100-jährigen Jubiläum des Zusammentritts der Weimarer Nationalversammlung am 6. Februar 2019 erinnerte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier daran, dass noch das 90-jährige Jubiläum der Nationalversammlung kaum nationale Aufmerksamkeit genossen habe und lediglich ein Festakt von regionaler Bedeutung gewesen sei. Steinmeier fuhr fort, dass die neue Wertschätzung der Errungenschaften der Weimarer Republik – Volkssouveränität, Gleichstellung der Geschlechter, wirtschaftliche Mitbestimmung u.a. – damit zu tun haben könnte, dass diese Fundamente einer liberalen, demokratischen Ordnung heutzutage verstärkt angegriffen würden.<sup>2</sup> Mit dieser Diagnose spricht Steinmeier durchaus zentrale Punkte an.

Mit dem Schlagwort von den „Weimarer Verhältnissen“, welches ein fester Bestandteil der bundesdeutschen Debattenkultur ist, war bei den verschiedensten Gelegenheiten stets eine Warnung vor sozialem und politischem Konflikt verbunden bzw. der entsprechende Appell, diesen Konflikt abzumildern und sich entsprechend zu verhalten. Die Weimarer Republik wurde in diesem Sinne als verbales Stoppschild gebraucht, welches einen negativ empfundenen Bereich der Konflikthaftigkeit markiert. Nach dem Motto: „Bis hierhin und nicht weiter!“ Auf diese Weise wird ‚Weimar‘ wieder zum politischen Argument in einem alten Sinne, nämlich indem es jenen „Weimar-Komplex“ reaktiviert, den Sebastian Ullrich diagnostizierte.<sup>3</sup> In Anlehnung an das Allemann-Diktum, Bonn sei nicht Weimar<sup>4</sup>, scheint sich nun auch die Berliner Republik wieder selbst vergewissern zu müs-

1 Gerwarth (2018): Revolution; Kellerhoff (2018): Lob.

2 <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/02/190206-Weimar-100-Jahre-Reichsverfassung.html>.

3 Ullrich (2009): Weimar-Komplex.

4 Vgl. Allemann (1956): Bonn.

sen, eine stabilere Demokratie als das angeblich ‚gescheiterte‘ Experiment von Weimar zu sein. Schon allein die wissenschaftliche Neugier sollte Anlass genug sein, sich diesen geschichtspolitisch inspirierten Versuchungen des Rückfalls in alte Deutungsmuster zu widersetzen. Denn viel offener als noch vor zehn oder fünfzehn Jahren tritt heute hervor, welches wichtige Bindeglied in der Demokratiegeschichte Deutschlands die Weimarer Republik ist, indem sie die demokratischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts zum Abschluss brachte und auch für die Bonner und Berliner Republik wichtige Grundsteine legte.

Die in diesem Band versammelten Beiträge sind augenscheinlicher Beweis für das weitere Vorhandensein von wissenschaftlicher Neugier in Bezug auf die Weimarer Republik und die deutsche Demokratiegeschichte insgesamt. Alle Beiträge handeln von sozialen und politischen Konflikten und es wäre in unserem Kontext unzureichend, diese Konflikte auf einen einzigen Gegensatz wie Demokratie vs. Totalitarismus zu verkürzen oder allein nach den Faktoren für den Aufstieg des Nationalsozialismus zu fragen.<sup>5</sup> Vielmehr handeln die Beiträge in ihrer Summe von sozialem und politischem Konflikt in der breiten Komplexität des Begriffes. Die hierin stets einbezogenen „Weimarer Verhältnisse“ werden ausgesprochen detailreich beschrieben und bieten neben so manchen Stopp- auch zahlreiche Hinweisschilder. So wird ersichtlich, dass sozialer und politischer Konflikt aus einer wissenschaftlichen Perspektive nicht als etwas Negatives abgetan werden kann, welches kategorisch zu meiden sei. Konflikthaftigkeit wird unabhängig von den jeweiligen Erklärungsversuchen als Grundkonstante moderner Gesellschaften begriffen. Konflikte sind in diesem Sinne als Ausdruck und Begleiterscheinung eines gesellschaftlichen Wandels zu verstehen.<sup>6</sup> Zum Modernisierungsprozess gehört, die Unumgänglichkeit von Konflikthaftigkeit anzuerkennen und rational mit ihr umzugehen zu lernen. Demokratie ist dabei ein politisches Verfahren, das helfen soll, dies friedlich zu tun und das deshalb eines Grundkonsenses über Verfahren und Grundwerte bedarf. Der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel sprach hier von einem „nicht-kontroversen Sektor“, der es ermögliche, gesellschaftliche Kontroversen geregelt auszutragen.<sup>7</sup> Die Weimarer Demokratie war der erste reale Versuch in Deutschland, dies zu erproben. Zentrale Hemmnisse waren dabei jedoch die mangelhafte Herausbildung jenes Grundkonsenses und die Sehnsucht vieler Akteure nach einem vor- oder nachkonflikthaften Zustand, mithin also die Weigerung, die „unaufhebbare Konflikthaftigkeit moderner Gesellschaften“<sup>8</sup> anzuerkennen. Trotzdem standen nach der Bewältigung von Revolution und Kriegsende das Set an Institutionen und Verfahren dafür bereit, genauso wie zahlreiche Akteure, die bereit waren, sich auf diesen Weg der demokratischen Gestaltung und Bewältigung der Moderne zu begeben.<sup>9</sup>

5 Siehe etwa Dahrendorf (1992): Konflikt, S. 123 ff.

6 Vgl. Bonacker (2008): Konflikttheorien, S. 9 f.

7 Vgl. Fraenkel (2011): Deutschland, S. 16 ff.

8 Vgl. Brodocz (2008): Republikanismus, S. 232.

9 Zur theoretischen Perspektive: Rüb (1994), Institutionen, S. 115 u. 125 ff.

## INSTITUTIONEN DER WEIMARER REPUBLIK. BRÜCHE UND KONTINUITÄTEN

Langlebige politische Institutionen wie Schule, Kirche, Universitäten wechselten nicht über Nacht ihren Grundcharakter und auch die gesamten 14 Jahre der Weimarer Republik sind als Zeitraum zu kurz, um eine vollständige Transformation von bürokratisierten Strukturen erwarten zu können. Bedeutende Reformansätze, diese und andere Institutionen auf die Demokratie als neuer Staatsform auszurichten, gab es in der Weimarer Republik jedoch.

Gleichzeitig waren solche Demokratisierungsversuche selbstverständlich nicht die einzigen Transformationsprozesse, die sich in der Weimarer Republik ereigneten. Während Universitäten für gewöhnlich die soziale Funktion von gehobenen Bildungseinrichtungen erfüllen, stellt **Florian Schreiner** in seinem Beitrag dar, dass Universitäten auch einem gänzlich anderen Zweck dienen können: der militärischen Mobilisierung. Die Wilhelminische Universität als Eliten-Institution war in einem gewissen Sinne prädestiniert dafür, eine antirevolutionäre Funktion in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zu spielen. Lehrkörper und Studentenschaft erlebten in weiten Teilen die Kriegsniederlage und die anschließende Revolution als völligen Zusammenbruch ihres bisherigen Wertekosmos'. Entsprechend groß war die Bereitschaft nicht nur der jungen, männlichen Studenten, sondern auch der universitären Gremien, sich dem Militär für innerdeutsche Einsätze zur Verfügung zu stellen. Diese Belfifizierung der Universität als eigentlich ziviler, weitgehend selbstverwalteter Institution deutet Schreiner als Teil einer Traumabewältigung. Der Kampf gegen den Linksradikalismus als inneren Feind sollte gewissermaßen die Schäden im nationalistischen Wertekosmos reparieren und gleichzeitig eine bis dato sehr unwahrscheinliche Koalitionsbildung mit den demokratischen Regierungen ermöglichen.

**Felix Selgert** wiederum bietet einen zeitlich umfassenderen Blick auf die Entwicklung des Aktienrechtes im Kaiserreich, der Weimarer Republik und der Zeit des Nationalsozialismus bis 1937. Dies ermöglicht Selgert die Besonderheit der Weimarer Republik auf diesem eng umgrenzten Politikfeld herauszuarbeiten, an welchem die Entwicklung des organisierten Kapitalismus konkretisiert werden kann. Das Aktienrecht des Kaiserreiches stellte im Wesentlichen eine Sammlung von Aktionärsrechten dar, die hierdurch geschützt werden sollten. In der Weimarer Republik hingegen entwickelte sich erstmals ein Katalog von Offenlegungspflichten, die insbesondere durch die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 angestoßen worden waren. Selgert stellt heraus, dass dieser Reformprozess des Aktienrechtes eine Demokratisierung bedeutete, da anders als im Kaiserreich nicht nur das Parlament, sondern auch die Zivilgesellschaft in Form von Interessengruppen, Fachpresse und Juristenschaft einbezogen wurde. In diesem Sinne kam es zu einer erfolgreichen Reform des Aktienrechtes in den 1920ern, die anders als die späteren Novellen in der NS-Zeit aber keinen radikalen Bruch mit der Vergangenheit bedeuteten.

Reformversuche ganz anderer Art sind Gegenstand des Beitrags von **Anne Otto**. So sollte in der Weimarer Republik eine „republikanische Schulkultur“

etabliert werden, was den Versuch einer fundamentalen Öffnung dieser Bildungsinstitution darstellte. Nicht mehr nur Bürokratie und Lehrerschaft sollten über die Gestaltung dieses Bildungsraumes bestimmen, so der Wunsch demokratisch orientierter Reformer. Tatsächlich nahmen nun auch Schüler\*innen-, Eltern- und andere Interessenverbände in bisher nicht dagewesener Weise an den Entscheidungsprozessen teil. Ferner wurden erstmals Versuche gemacht, um Kinder aus sozial benachteiligten Gruppen der Gesellschaft zu unterstützen, ihnen Aufstiegschancen zu ermöglichen und auch eine ins Grundsätzliche gehende Debatte über die richtigen Werte der Kindererziehung wurde in diesen Jahren geführt. „Demokratie“ war hierbei keineswegs nur ein abstraktes Fernziel, sondern wurde auch als Argument und Stilmittel in den andauernden Reformdebatten gebraucht.

Die Frage nach den Kontinuitätslinien zwischen der ersten und der zweiten deutschen Demokratie steht auch im Mittelpunkt des Beitrags von **Ronny Noak** zur politischen Schulungsarbeit von SPD und Zentrum/CDU. Bei allen organisatorischen Differenzen stellt Noak zentrale Kontinuitätslinien in Bezug auf Bildungsinhalte, -personal und -anspruch heraus. Die Weimarer Republik wurde als Zeitraum begriffen, in dem erstmals systematische Versuche zur Schulung der eigenen Parteifunktionäre gemacht wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mitunter dieselben Lehrpersonen mit mehr oder weniger denselben Konzepten in den neu aufgebauten Parteischulungseinrichtungen aktiv.

Mit dem Parlament am Beispiel des thüringischen Landtages rückt im Beitrag von **Timo Leimbach** eine zentrale Institution des politischen Lebens in den Fokus. Leimbach versteht das Parlament als Experimentierfeld zur Erprobung und zum Einstudieren von politischen Strategien. Thüringen stellt in diesem Sinne ein sehr ereignisreiches Experimentierfeld dar, in dem sowohl linksrepublikanische als auch konservativ-völkische Koalitionsbildungen möglich waren. Dass diese von teils heftigen Konflikten begleitet wurden, ist verständlich. Leimbach betont jedoch die Deeskalationsmöglichkeiten des parlamentarischen Alltages. Die parlamentarische Kultur Thüringens war gleichzeitig von Konsens und Konflikt geprägt. Ein Wechselspiel von Integration und Desintegration, an dessen Ende keineswegs zwangsläufig die desintegrierenden Faktoren überwiegen mussten. Wie Leimbach herausstellt, waren die demokratischen Institutionen auf der Thüringer Landesebene durchaus stark genug, um selbst schwere Erschütterungen intakt zu überstehen. Konkret bedeutete dies, dass die NSDAP sich ohne äußere Einflussnahme nicht als dauerhafte Regierungspartei im Land hätte etablieren können.

Die Bedeutung von sozialen Interaktionsprozessen von Person zu Person hebt auch **Oliver Gaida** hervor. Die Reichshauptstadt Berlin war als Metropole von Weltrang von einer enormen sozialen Stratifikation gekennzeichnet, wobei die Erfolge bei der staatlichen Bekämpfung der sozialen Auswirkungen von Armut eine wesentliche Quelle von politischer Akzeptanz darstellten. Diese Form der Akzeptanz zu generieren, war Aufgabe der Kommunen und Berlin als größte Kommune stand nicht nur vor den größten Herausforderungen, sondern zeigte auch eine besondere Innovationskraft auf dem Feld der Armenfürsorge. Am Beispiel der Berliner Jugendfürsorge kann Gaida nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern auch die Reformfähigkeit des Wohlfahrtsstaates zeigen. Die gleichwohl

vorhandene Diskrepanz zwischen Leistungsfähigkeit und Leistungsanspruch in Bezug auf den Wohlfahrtsstaat sollte hierbei laut Gaida nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Weimarer Republik eine langlebige Tradition des Sozialstaates begründet wurde.

**Michaela Bräuninger** untersucht gleichfalls die langfristigen Wirkungen von Reformbemühungen, die in der Weimarer Republik angestoßen wurden. Ihr Beitrag handelt von der protestantischen Landeskirche in Schleswig-Holstein, deren weibliche Mitglieder kontinuierlich auf eine Stärkung ihrer Mitbestimmungsrechte innerhalb der Kirche hinarbeiteten. Wie auch in anderen Feldern des sozialen Lebens waren es der Erste Weltkrieg und die demokratische Revolution, welche den Transformationsprozess maßgeblich förderten. Die Einführung des Frauenwahlrechtes förderte die Emanzipation von Frauen auch im kirchlichen Leben, wo gleichfalls ein Frauenstimmrecht eingeführt wurde. Auch Bräuninger kann hierbei die in dieser Institution wirkenden Beharrungskräfte anschaulich machen. Erst die erneute Kriegserfahrung sorgte in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit für eine wirklich tiefgreifende Transformation der evangelischen Kirche durch die schrittweise Erkämpfung des Pfarrerinnenamtes, welches heutzutage als selbstverständlich angesehen wird.

Die Schnittmengen der Beiträge dieses ersten Teiles sind offensichtlich auf der Ebene der Ereignisse, Personen oder verwendeter Quellen sehr gering. Gleichzeitig wird in der Gesamtschau deutlich, dass in der Weimarer Republik in den unterschiedlichsten Institutionen und Politikfeldern bedeutende Transformationsprozesse angestoßen wurden. Unabhängig von den Jahreszahlen der großen Systembrüche 1918, 1933 und 1945 haben sich in der Weimarer Republik langfristig wirkende demokratische Traditionen herausgebildet, die keineswegs als klar umrissener Block zu begreifen sind.<sup>10</sup> Nicht nur die Kontinuitätslinien zwischen der Bonner und der Weimarer Republik, auch die relative Kontinuität zwischen der konstitutionellen Monarchie des Kaiserreiches und der ersten Republik sind hierbei bedeutend. Doch war es die Zeit der Weimarer Republik, welche einen enormen Demokratisierungsschub auf sehr unterschiedlichen Ebenen brachte.<sup>11</sup> Die hiermit zusammenhängende Transformation gesellschaftlicher Institutionen ist gleichwohl weniger in Jahren als in Generationen zu messen, was den Mehrwert eines demokratiegeschichtlichen Ansatzes verdeutlicht, da in einer kurzfristigen Perspektive oder der Isolation des jeweiligen Fallbeispiels das große Bild leicht übersehen werden kann. In den Parteien, Parlamenten, Schulen, Kirchen und Fürsorgeeinrichtungen der Weimarer Republik wurden Konflikte ausgetragen, welche die Funktionsweise dieser Institutionen sehr grundsätzlich herausforderten und stets auf den Widerstand der alten Eliten traf. Stets ging es um

10 Nolte (2012): Demokratie; Jesse (2010): Systemwechsel.

11 Gängig ist auch die Beschreibung solcher Demokratisierungsprozesse als „Welle“, wobei – anders als in diesem Sammelband – der internationale Vergleich zentral ist (siehe Grugel (2002): Democratization, S. 32–45). Die Weimarer Republik lässt sich als Teil der ersten Demokratisierungswelle verstehen (siehe Merkel (2010): Systemtransformation, S. 130).

die Mitbestimmungsrechte bislang ausgeschlossener gesellschaftlicher Gruppen, die Erweiterung des staatlichen Leistungsspektrums und/oder als grundlegend angesehene Werte. Der Ausgang solcher Transformationsprozesse ist prinzipiell ungewiss.<sup>12</sup>

## NEUE FORSCHUNGSANSÄTZE ZUR WEIMARER REPUBLIK

Die Erforschung der Demokratie in ihren historischen Erscheinungsformen ist eine komplexe wissenschaftliche Herausforderung. Um so mehr sind neue Methoden und Ansätze zu begrüßen, die einen Perspektivenwechsel ermöglichen und auch vermeintlich Bekanntes in einem neuen Licht präsentieren können.

Wenn – wie oben festgestellt – die Transformation von gesellschaftlichen Institutionen eine Generationenaufgabe ist, die keineswegs in wenigen Jahren oder Jahrzehnten vollzogen wird, dann ist es sinnvoll den Zeithorizont auch der biographischen Forschung entsprechend auszuweiten. In ihrem Beitrag zur Familiengeschichte der Venedeys weist **Birgit Bublies-Godau** darauf hin, dass nicht nur antidemokratische Familientraditionen identifiziert werden können, wie etwa im Falle einer klassischen preußischen Offiziersdynastie, sondern gewissermaßen auch demokratische Familiendynastien existieren. Die Venedeys waren über 200 Jahre hinweg eine Familie, die eine Reihe von demokratischen Aktivisten hervorbrachte, die weit über ihr rheinisches Stammland hinaus wirkten. Dieses Schreiben von Demokratiegeschichte als Familiengeschichte verdeutlicht nicht nur die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, sondern auch wie eine demokratische Traditionsbildung über Gedenkrituale und ähnliche soziale Techniken möglich ist.

**Jörn Retterath** nimmt wiederum einen relativ kurzen Zeitausschnitt in den Fokus. In einer quantitativ-qualitativen Untersuchung der größten Tageszeitungen des demokratischen Spektrums der Weimarer Republik untersucht er die Zeit der Republikgründung. Hierbei wird deutlich, dass selbst in der die Republik politisch tragenden Schicht das Konzept des Parlamentarismus keineswegs unumstritten war. Vielmehr sind die tagespolitischen Auseinandersetzungen parteiübergreifend von parlamentarismus- und parteikritischen Narrativen geprägt, was von vielstimmigen Appellen an die Einheit des Volkes in Form einer „Volksgemeinschaft“ begleitet war. Dieser Befund verdeutlicht, dass soziale und politische Konflikte gleichermaßen von eskalierenden und deeskalierenden Faktoren geprägt werden und den Konfliktteilnehmern bei allem Abgrenzungsbedürfnissen stets auch an einer relativen Kontrolle der Auseinandersetzungen etwa in Form von Einheitsappellen gelegen ist.

An eine ganz ähnliche Konfliktlage schließt der Beitrag von **Angela Schuberth** an. Sie geht der Verwendung des Terminus Volksgemeinschaft in der libe-

12 Siehe Bos (1994): Eliten, S. 84 u. 101.



ralen Vossischen Zeitung nach. Dabei zeigt sich, dass die Begriffsverwendung von einer demokratischen Intention und einem Bezug auf das Allgemeinwohl sich hin zu einer Verteidigung des demokratischen Inhalts verschob. Eine unparteiliche Zeitschrift bezog durch die Einbindung des Begriffs Volksgemeinschaft somit zunächst Partei für die Demokratie. Dabei wurde sich vor allem bewusst mit den Kontrahenten von völkischer Seite auseinandergesetzt, die den Begriff ebenso anwandten und damit den Boden für seine Einbettung in die Ideologie des Nationalsozialismus bereiteten. Dass der Begriff in der Weimarer Zeit damit aber keinesfalls im Sinne der völkischen Ideologie sondern auch als demokratischer Konsens verstanden werden muss, wird im Beitrag hervorgehoben.

Konfliktkonstellationen weit schärferer Form bilden den Gegenstand des Beitrags von **Sebastian Elsbach**. In einer mikrosoziologischen Untersuchung von politischen Tötungsdelikten in den mittleren Jahren der Weimarer Republik kann der konkrete Handlungsablauf der Delikte und die entsprechende Motivlage von Opfern und Tätern detailliert beschrieben werden. Selbst in dieser Extremform von interpersonellen Konflikten ist ein Zusammenspiel von eskalierenden und deeskalierenden Verhaltensweisen festzustellen. Keineswegs trachten die jeweiligen Täter danach, ihr Gegenüber um jeden Preis zu vernichten. Alle Beteiligten versuchen vielmehr ihre jeweilige Kosten-Nutzen-Bilanz des Konfliktes zu maximieren. Hinsichtlich der hauptsächlich beteiligten politischen Gruppierungen sind hierbei neben grundsätzlichen Gemeinsamkeiten auch deutliche Unterschiede in der gruppenbezogenen Gewaltstrategie auszumachen, was wiederum entsprechende Konsequenzen für die Reaktion der Staatsorgane hatte, deren Maßnahmen zum Schutz der Republik selbst in den mittleren, relativ ruhigen Jahren nicht als optimal bezeichnet werden können.

Die Gewalteskalation im Zuge der Weltwirtschaftskrise von 1929 und dem simultanen Aufstieg der SA zu Beginn der 1930er brachte ein gesteigertes Bedrohungsszenario hervor, welches entsprechende Bedürfnisse nach einer Erhaltung der eigenen Sicherheit weckte. **Simon Sax** fragt in seinem Beitrag, inwiefern die Debatte in jüdischen Publikationen über die nationalsozialistische Bedrohung als Versicherheitlichungsdiskurs gedeutet werden kann. Anhand der Wahlempfehlungen, die konkret als Beiträge zur Bewältigung der antisemitischen Gefahr durch die NSDAP kommuniziert wurden, kann Sax zeigen, dass andere Faktoren bei den Wahlempfehlungen jüdischer Zeitungen demgegenüber zurücktraten und Kandidaten bzw. Parteien zur Wahl empfohlen wurden, von denen eine möglichst effektive Bekämpfung der NSDAP erwartet wurde.

Das kommunikative Verhalten in Konfliktsituationen während der Endphase der Weimarer Republik dient auch **Sebastian Gräß** als Untersuchungsgegenstand seines Beitrages. In einer softwaregestützten quantitativen Untersuchung des Sprachgebrauches der paramilitärischen Kampfbünde zeigt Gräß die Militarisierung der politischen Sprache in deren Publikationen auf. Ähnlich wie oben in der vergleichenden Betrachtung von politischen Tötungsdelikten ermöglicht eine Untersuchung des Sprachgebrauches einen differenzierten Vergleich der politisch sehr heterogenen Kampfbünde vorzunehmen. Die feststellbaren semantischen Differenzen insbesondere in Bezug auf die Instrumentalisierung der Topoi

„Krieg“, „Front“ und „Kameradschaft“ deutet Gräb als Ausdruck tieferliegender politischer Differenzen. Gleichwohl zeichnete alle Kampfverbände, die sich als Gründungen von Weltkriegsteilnehmern verstanden, eine grundsätzliche Orientierung am Ersten Weltkrieg aus, sodass die politischen Auseinandersetzungen in der Endphase der Weimarer Republik gewissermaßen als Fortsetzung vergangener Konflikte dargestellt wurden.

Die in diesem zweiten Teil versammelten Beiträge verdeutlichen in ihrer Summe die Position der Weimarer Republik in der deutschen Demokratiegeschichte. Ähnlich wie im weiteren zeitlichen Kontext der Märzrevolution von 1848 wurde um die Demokratie als Staatsform in einer Weise gerungen, die für andere Abschnitte der jüngeren deutschen Geschichte völlig unüblich war. Die Konfliktlinien verliefen hierbei jedoch nicht nur zwischen demokratischen und antidemokratischen Kräften, auch innerhalb des demokratischen Spektrums gab es bedeutende Differenzen über die präferierte Ausgestaltung der parlamentarischen Demokratie. Als es im Kontext der Weltwirtschaftskrise zu einer raschen Eskalation des inneren Konfliktes kam, führte dies nicht nur zu einer Verwischung der Grenzen innerhalb des demokratischen Spektrums. Die hiermit verbundene Polarisierung verdeckte die inneren Konfliktlinien im demokratischen und antidemokratischen Spektrum jedoch mehr, als dass diese wirklich verschwanden. Grundsätzliche Differenzen bezüglich der Deutung der Vergangenheit, der politischen Zukunftswünsche oder aktuellen Handlungsempfehlungen blieben bestehen. Die Vielzahl der Interpretationsmöglichkeiten in Bezug etwa auf das beliebte Sprachbild der „Volksgemeinschaft“ ist in diesem Sinne nicht nur Ausdruck von grundsätzlichen Konflikten zu verstehen, sondern zeigt auch auf, wie es den Beteiligten trotz dieser Differenzen möglich war, weiterhin die Kommunikation aufrechtzuerhalten. Die Bezugnahme auf vergleichsweise frei interpretierbare Begriffe, zu denen auch der Erste Weltkrieg als sprachliche Figur zu zählen ist, manifestierte zwar Disput, ermöglichte bei aller nicht nur verbalen Aggressivität aber auch die Fortsetzung einer Debatte.

Kommuniziert wurde auch mit physischen Handlungen. Sogar Gewalt diente in diesem Sinne als Kommunikationsmittel, mit welchem soziales Prestige angesammelt werden konnte. Dies setzte bei den Beteiligten ein hohes Maß an Konfliktbereitschaft voraus, aber bezeugt auch die hohe Konfliktfähigkeit der historisch handelnden Personen. Die Ereignisse im Zuge der Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft sind in diesem Sinne als Auflösung eines Konfliktsystems durch die Unterwerfung, Vernichtung bzw. Flucht der nicht-nationalsozialistischen Konfliktparteien zu verstehen.<sup>13</sup> Dass die hiermit verbundenen sozialen Kosten enorm waren, verdeutlicht wiederum, dass die 1933 beendeten Konflikte nicht rein „parasitär“ in einem systemsoziologischen Sinne waren, sondern vielmehr systemerhaltende Funktionen erfüllten.<sup>14</sup> Konflikte – auch solche, die Beobachtern als unnötig oder exzessiv erscheinen mögen – zeugen von Interessenge-

13 Zur Begriffsbildung: Thiel (2003): Soziale Konflikte, S. 84 ff.

14 Luhmann (1984): Soziale Systeme, S. 529 ff.

gensätzen, deren Kommunikation nicht per se als negativ bezeichnet werden kann, sondern unabhängig vom Ausgang Gruppenidentitäten als systemerhaltende Faktoren erzeugen.<sup>15</sup> Gelingt es den sich entlang einer Konfliktlinie etablierenden Gruppen, die Kommunikation aufrechtzuerhalten, so sind Lerneffekte und die schließliche Erreichung eines Konsensus ein wahrscheinliches Endergebnis. Die Aussage, dass die Weimarer Republik aufgrund eines Übermaßes von Konflikten gescheitert sei, ist in diesem Sinne ohne Erklärungsgehalt. Nicht der soziale Konflikt, sondern der Abbruch und die einseitige gewaltsame Beendigung des Konfliktes bedeutete das Ende der Republik und deren Ersetzung durch ein politisches System, dessen radikale Versuche zur Unterdrückung von Widerspruch im Inneren nicht als Konfliktbereitschaft, sondern als Konfliktvermeidungsverhalten zu interpretieren ist.<sup>16</sup> Dass die in der Weimarer Republik ausgefochtenen Auseinandersetzungen nicht ohne gesellschaftlichen Nutzen waren, wird wiederum durch die Tatsache verdeutlicht, dass ähnliche Konfliktlinien in früheren Zeitabschnitten relevant waren oder es später wieder wurden.

#### DEMOKRATIE IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN (LINKS-)LIBERALISMUS UND (RECHTS-)KONSERVATIVISMUS

Die Weimarer Republik war eine Zeit grundsätzlicher sozialer Spannungen und Konflikte. Es wäre gleichwohl verkürzend die Konfliktkonstellationen lediglich an den Rändern des politischen Spektrums zu suchen. Es lassen sich ohne weiteres mehrere ideengeschichtliche Hauptströmungen identifizieren, die alle gleichberechtigt in dieser Zeit und darüber hinaus wirksam waren. Die Bandbreite reichte vom Kommunismus über Sozialismus, Liberalismus und Konservativismus bis hin zum Faschismus. Konkrete Einzelpersonen oder Parteien lassen sich hierbei nicht immer leicht nur einer dieser Strömungen zuschreiben. In einer politischen Realität, die von ständigen Konflikten geprägt war, war es für alle politisch Aktiven opportun stets nach möglichen Bündnispartnern jenseits des eigenen unmittelbaren Einflusskreises Ausschau zu halten, sodass die genannten Strömungen sich in der Weimarer Zeit rege mischten und so für eine äußerst lebendige, spannungsreiche Debatte sorgten. In diesem intellektuellen Wandel lassen sich ohne weiteres die breiteren gesellschaftlichen Konfliktlinien wiederfinden. Der Profilierungsdrang von Parteien und Hochschullehrern zwingt diese zu einer Auseinandersetzung mit der Außenwelt, was wiederum einen konflikthaften intellektuellen Wettbewerb erzeugt.<sup>17</sup>

15 Coser (1965): Konflikte, S. 42 f.; Brodocz (2008): Republikanismus, S. 233.

16 Oder, wie es Lewis Coser ausdrückt: Instabile soziale Beziehungen besitzen keine Konfliktsistenz und somit weist das Vorhandensein von Konflikten auf enge, stabile Sozialstrukturen hin (vgl. Coser (1965): Konflikte, S. 102). Gleichfalls verweist Merkel auf die endogene Instabilität von Diktaturen (siehe Merkel (2010): Systemtransformationen, S. 59).

17 Collins (2012): Konflikttheorie, S. 292 f.

So war es der Anspruch der 1918 gegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die zentralen Werte des damals bereits klassischen Liberalismus in die neu gegründete Republik zu übertragen. **Alex Burkhardt** betrachtet den Gründungszeitraum der DDP in Hof an der Saale und den Einfluss der Partei auf das lokale protestantische Bürgertum dieser eher ländlich geprägten Kleinstadt. Aus dem lokalen Bürgertum erhoffte sich die DDP, die ein Bündnis mit dem gemäßigten Teil der Arbeiterschaft anstrebte, eine ihren Interessen entsprechende Mitgestaltung der neuen Republik. Während dieser Schritt von einer deutlichen Abgrenzung gegenüber dem bis dato dominanten Konservatismus der Monarchie zeugte, sorgten die gewaltsamen Konflikte im Zuge der linksradikalen Münchener Räterepublik 1919 und des Kapp-Putsches 1920 für eine relativ rasche Abkehr des Bürgertums von der DDP und einer Hinwendung zu weiter rechts stehenden Parteien.

Die Veränderung politischer Einstellungen thematisiert ebenso der Beitrag von **Andreas Behnke**, allerdings unter umgekehrten Vorzeichen. Der Autor zeichnet anhand der Ideenwelt des Rechtsanwalts und Schriftstellers Georg Quabbe dessen Veränderung vom Monarchismus zur Demokratie nach. Zentral wird hierbei die Betrachtung des Werkes *Tar a Ri*, das in Anlehnung an das englische Vorbild die Verbindung des Konservatismus mit der Demokratie anstrebt und so Freiheitswerte und geänderte gesellschaftliche Verhältnisse mit einer konservativen Weltanschauung verknüpft.

Mit einer umfassenden Demokratiekritik befasst sich der Beitrag von **Helene Eggersdorfer**. Auf der Grundlage des Demokratieverständnisses von Hans Kelsen, einem der wichtigsten demokratischen Staatsrechtslehrer der Weimarer Republik, untersucht die Autorin jene vorgetragenen Argumente der Gegner der Demokratie. Dabei wird sowohl Kritik von kommunistischer als auch von rechtskonservativer und nationalsozialistischer Seite betrachtet. Dadurch zeigt sich die gesamte Bandbreite antidemokratischen Denkens in den letzten Jahren der Republik. Durch die Einbeziehung der Schriften Kelsens wird dargestellt, dass diese Kritikpunkte häufig von den Zeitgenossen bereits entkräftet werden konnten, sodass sich die Demokratie ihrer Kritiker auch argumentativ erwehren konnte, selbst als die Abkehr von liberalen Positionen in den Jahren 1929-32 deutlich an Gewicht gewann.

Das Abrücken von liberalen Positionen thematisiert auch der Beitrag von **Ludwig Decke**. Das staatsrechtliche Denken Carl Schmitts verortet Decke in einem Zwischenraum von Konservatismus, Faschismus und Liberalismus. So übernahm Schmitt aus den liberalen Traditionen zwar den Begriff der Demokratie als Staatsform, doch wollte er diese von ihrem parlamentarisch-liberalen Wesen trennen und das Bild einer dezidiert antiliberalen Demokratie entwickeln, die in der Lage sei, den angeblich mythischen Charakter des Politischen wiederzugeben. Dies stellte eine klare Annäherung an den Kern des Faschismus dar, also einer Mythologisierung der Nation als identitätsstiftender Kraft. Diese Idee einer unmittelbaren Demokratie war vor allem eine Absage an die Vorstellung von Nutzen und Notwendigkeit der im Parlamentarismus üblichen öffentlichen Konfliktaustragung, des Rechtsstaates oder dem Schutz von politischen Minderheiten.

Schmitts spätere Hinwendung zum Faschismus kann vor diesem Hintergrund nicht überraschen.

Nach der militärischen Niederlage des Dritten Reiches erschien die Nachkriegszeit manchen Zeitgenossen als Periode einer vermeintlich konfliktarmen Normalität. Dass die neue Normalität der Bundesrepublik jedoch ebenfalls von grundsätzlichen Konflikten geprägt wurde, kann **Frank Schale** anhand der staatsrechtlichen Debatte über die Wiederbewaffnung herausarbeiten. Die führend an diesem „Wehrstreit“ teilnehmenden Politiker, Juristen und akademischen Lehrer waren sämtlich bereits in der Weimarer Republik aktiv gewesen und blieben auch in der Nachkriegszeit ihrem Selbstverständnis, den Methoden und politischen Grundhaltungen treu. Dementsprechend enthält der Konflikt über die Wiederbewaffnung eine weitere Kontinuitätslinie zur Weimarer Republik, auch wenn die betreffenden Personen in einem deutlich verschiedenen Rahmen handelten. Demokratisch ausgetragene Konflikte waren wie bereits in der ersten auch in der zweiten Republik die Normalität.

Die Fortsetzung von Konflikten der Weimarer Zeit in der Bundesrepublik thematisiert auch **Sarah Langwald**. Die Sozialdemokratie gehörte zwar zu den maßgeblichen politischen Kräften der ersten Republik, doch änderte dies wenig an der kritischen Distanz führender Sozialdemokraten gegenüber der Justiz. Während diese Institution den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik weitgehend unverändert überlebt hatte, war auch der Justizapparat der frühen Bundesrepublik von einer hohen personellen Kontinuität zur Zeit des Nationalsozialismus und früherer Perioden geprägt. Ob diesen konservativen Charakters verwundert es nicht, dass sich die Justiz der frühen Bundesrepublik sehr rege in der Verfolgung echter oder vermeintlicher Kommunisten zeigte. Der öffentliche Protest hiergegen durch führende Rechtsexperten der SPD war dementsprechend von seit Jahrzehnten eingeübten Denk- und Verhaltensweisen geprägt. Den in der Weimarer Republik noch wenig erfolgreichen Transformationsversuchen sollte nun neuer Schwung verliehen werden.

Kontinuitätslinien weit ausgreifender Art zeichnet **Thomas Schubert** in seinem Beitrag nach. Die hierin thematisierten Geschichtsnarrative interpretieren die Weimarer Republik als den Ausgangspunkt eines geistigen Bürgerkriegs zwischen liberalen, konservativen, kommunistischen und faschistischen Kräften um die Hoheit in Deutschland. Erst 1989 sei dieser geistige Bürgerkrieg endgültig beendet worden, nachdem bereits zuvor der Faschismus besiegt und der Konservatismus demokratisiert worden sei. Im Lichte der von Schubert aufgegriffenen geschichtsphilosophischen Positionen erhalten selbst die Gewaltexzesse dieser Jahrzehnte eine gewisse Form der Erwartbarkeit und Normalität. Es ging schließlich auch um grundsätzliche Konflikte zwischen sich gegenseitig ausschließenden Weltanschauungen. Gleichwohl plädiert Schubert dafür, nicht allein gewaltsame Konflikte als Teile eines Bürgerkriegs anzusprechen, sondern auch gewaltfreie Auseinandersetzungen als Teil eines unversöhnlichen Konfliktes zu begreifen und zu erinnern.

Das angemessene Erinnern an die erste deutsche Republik ist tatsächlich vor allem wegen der in ihr ausgefochtenen und beileibe nicht zur Gänze geklärten

Konflikte ein herausforderndes Unterfangen. Vor dem Hintergrund der in diesem Band versammelten wissenschaftlichen Beiträge wird jedoch ersichtlich, dass Konflikt zur Geschichte der Demokratie gehört. Nicht nur ihr Errichtung, sondern auch ihre Erhaltung ist ein von stetigen Auseinandersetzungen gezeichneter Prozess. Hierbei gibt es keinen Grund, lediglich Gewaltsamkeiten als Ausdruck von Konflikten zu betrachten. Die Transformation der Vielzahl von gesellschaftlich relevanten Institutionen erforderte die Arbeit von Generationen und lässt sich kaum als gewaltsamer Prozess darstellen. Gleichwohl war die Bewältigung der unüberschaubaren Vielzahl der hierzu nötigen Konflikte für die Demokratie unabdingbar. Dies bestätigt auch ein Blick auf die westdeutsche Nachkriegszeit. Deutschlands zweite Demokratie war keineswegs ein konfliktarmer Raum, sondern maßgeblich von Konfliktlinien geprägt, die ihren Ausgangspunkt in der Weimarer Republik hatten.<sup>18</sup> „Weimarer Verhältnisse“ herrschten in diesem Sinne auch in der Bundesrepublik und es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum man die Existenz oder Wiederkehr von selbst grundsätzlichen Konflikten fürchten sollte.<sup>19</sup> Zu fürchten wären vielmehr gewaltsame Versuche zur Unterdrückung solcher Differenzen, denn – und auch dies kann dieser Sammelband zeigen – eine wirkliche und nicht nur vorübergehende Konfliktlösung durch Gewalt ist in einer Demokratie praktisch unmöglich. Die mit der Lösung von Konflikten verbundenen sozialen Kosten wären schlicht viel zu hoch.

## LITERATUR

- Allemann, Fritz René: Bonn ist nicht Weimar, Köln [u.a.] 1956.
- Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung, Wiesbaden 2008.
- Bos, Ellen: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen. In: Merkel Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S. 81–109.
- Brodocz, André: Die Konflikttheorie des zivilgesellschaftlichen Republikanismus. In: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung, Wiesbaden 2008, S. 231–248.
- Collins, Randall: Konflikttheorien. Ausgewählte Schriften, Wiesbaden 2012.
- Coser, Lewis A.: Theorie sozialer Konflikte, Berlin 1965.
- Dahrendorf, Ralf: Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit, Stuttgart 1992.
- Fraenkel, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien, Baden-Baden 2011.
- Gerwarth, Robert: Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit, München 2018.

18 Strote (2017): Lions and Lambs.

19 „Defekte“ im Sinne der politikwissenschaftlichen Theoriebildung hatte die Bonner wie bereits die Weimarer Republik zweifellos. Ein Desiderat wäre es daher das Konzept der „defekten Demokratie“ auf diese historischen Fallbeispiele anzuwenden, was bisher unterblieb (siehe Merkel et al. (2003): Defekte Demokratie; Merkel (2015): Demokratie).

- Grugel, Jean: Democratization. A critical introduction, Basingstoke 2002.
- Jesse, Eckhard: Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90, Köln u.a. 2010.
- Kellerhof, Sven Felix: Lob der Revolution. Die Geburt der deutschen Demokratie, Darmstadt 2018.
- Luhmann, Niklas: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt am Main 1984.
- Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen / Croissant, Aurel / Eicher, Claudia / Thiery, Peter: Defekte Demokratie. Band 1: Theorie, Opladen 2003.
- Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010.
- Ders. (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie, Wiesbaden 2015.
- Nolte, Paul: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012.
- Rüb, Friedbert W.: Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S. 111–137.
- Strote, Noah Benezra: Lions and Lambs. Conflict in Weimar and the Creation of Post-Nazi Germany, New Haven 2017.
- Thiel, Ansgar: Soziale Konflikte, Bielefeld 2003.
- Ullrich, Sebastian: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959, Göttingen 2009.